

Mitarbeiter unter der Anschuldigung der Bestechung aus. Am 30. Dezember 1993 unterzeichneten die Regierungen Lesothos und der VR China ein gemeinsames Kommuniqué zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, das am 12. Februar offiziell bekanntgegeben wurde. In dem Dokument erklärte Lesotho erneut, die Regierung der VR China als die "einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen unveräußerlichen Teil Chinas" anzuerkennen. (DGB, 14.1.94)

Taipei und Beijing werfen sich gegenseitig vor, "Gelddiplomatie" zu betreiben. Neben Lesotho übten - und üben - auch zahlreiche andere arme afrikanische Staaten eine "Pendel-Chinapolitik" aus, um Wirtschaftshilfe von beiden chinesischen Seiten zu bekommen. Taiwan hat nach eigenen Angaben Lesotho Entwicklungshilfe für ein "Lebensmittel-Autarkie"-Programm gegeben und spendete im letzten Jahr darüber hinaus noch 1 Mio.US\$ für Dürreschäden. Zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen war Taiwan auch zu weiterer Hilfe bereit, doch all dies hat die Entscheidung der neuen Regierung von Lesotho nicht beeinflusst. Nach der "Suspendierung" der offiziellen Beziehungen zog Taiwan sein Team für landwirtschaftliche Entwicklung aus Lesotho zurück. Einer Meldung der LHB (13.1.94) zufolge hatte Beijing 1983 Lesotho für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein Darlehen in Höhe von 5 Mio. US\$ gewährt. Auch im neuen Kommuniqué zur Wiederaufnahme der Beziehungen verspricht die VR China Lesotho Unterstützung bei der Wirtschaftsentwicklung.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Lesotho unterhält Taiwan noch sieben Botschaften in Afrika, nämlich in Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland und Zentralafrikanischer Republik. Von diesen Staaten betreibt insbesondere Liberia z.Z. eine dubiose Chinapolitik. Wie berichtet (C.a. August 1993, Ü 37, und Sept. 1993, Ü 34), hatte die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua am 10. August 1993 gemeldet, daß die provisorische Regierung von Liberia diplomatische Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und zugleich die zu Taiwan abgebrochen habe. Taiwan erklärte jedoch, von Liberia keine diesbezügliche Mitteilung bekommen zu haben.

Es wurde gemeldet, daß auch Südafrika seine Chinapolitik ändern wolle. Andererseits soll es einige afrikanische

Staaten geben, die im Hinblick auf Wirtschaftshilfe von Taiwan an einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taipei interessiert sind. -ni-

*(38)

Verluste der Regierungspartei bei Kommunalwahlen

Am 29. Januar fanden Kommunalwahlen in der Provinz Taiwan (also ohne die provinzfremden Städte Taipei und Kaohsiung) statt. Offiziellen Angaben des Wahlkomitees zufolge errang die Regierungspartei Kuomintang (KMT) 214 der 309 Ämter der Gemeindevorsteher (Xiangzhang und Zhenzhang) und Bürgermeister der kreisfreien Städte, 49 weniger als vor vier Jahren, während die größte Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) 22 Ämter gewann, 16 mehr als vor vier Jahren; 73 Sitze gingen an Parteiunabhängige. Von den 858 neugewählten Abgeordneten der 16 Kreistage entfielen 516 (-72) auf die KMT, 92 (+43) auf die DPP und 242 (+37) auf Unabhängige. Die erst vor einem halben Jahr gegründete Chinese New Party (CNP) konnte ebenfalls 8 Sitze für sich verbuchen.

Bei Kommunalwahlen ist nicht die große Parteipolitik ausschlaggebend. Entscheidende Faktoren sind eher die Finanzkraft und gesellschaftliche Beziehungen der einzelnen Kandidaten. Da die Wahlbezirke relativ klein sind, kann hier Stimmenkauf besonders effektiv eingesetzt werden - so läßt sich erklären, warum so viele parteilose Kandidaten gewählt wurden. Bei den Oppositionsparteien DPP und CNP, die ihre Basis vorwiegend in Ballungsgebieten haben, gibt es nur wenige kommunale Politiker in den ländlichen Regionen.

Die KMT hat nach eigenen Angaben 254 der 309 Gemeindevorsteher- und Bürgermeister-Ämter und 578 der 858 Kreistagssitze der Provinz Taiwan gewonnen. Ein Teil von ihnen war ursprünglich nicht von der Partei nominiert, sondern als parteilose Kandidaten aufgestellt worden.

Auf den zwei Frontinseln Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Matsu (Mazu), die zur Provinz Fujian (Fukien) gehören, aber immer noch der KMT-Regierung in Taiwan unterstellt sind, konnte die KMT alle 10 zur Wahl stehenden Ämter und 24 der 25 Kreistagssitze gewinnen, ein Abgeordnetensitz ging an Parteiunabhängige.

Obwohl Kommunalwahlen politisch eigentlich ohne größere Bedeutung sind, war die Wahlbeteiligung recht hoch - 73% in der Provinz Taiwan und 80% auf den Frontinseln - und der Wahlkampf hitzig: Neben dem Kauf von Stimmen gab es diesmal auch Gewalttätigkeiten und Schießereien, es wurden ein Toter und 17 Verletzte gemeldet. (LHB, 30.1.94; ZYRB, CP, 31.1.94; ZZ, FCJ, 4.2.94) -ni-

Hongkong und Macao

*(39)

Verhärtung der sino-britischen Auseinandersetzungen über Hongkong

Nach dem Festfahren der sino-britischen Verhandlungen über Hongkongs Wahlreform vor der Rückgabe der Kronkolonie an China 1997 (siehe C.a. 1993/12, Ü 36) entflammte der Streit über die Baufinanzierung des neuen internationalen Flughafens (Kostenpunkt über 20 Mrd.US\$), deren Tilgung über das Jahr 1997 hinausgeht, von neuem. Eigentlich haben beide Seiten zur Regelung dieser Frage Ende Juni 1991 bereits ein Memorandum unterzeichnet (siehe dazu C.a. 1991/7, S.466 f), doch die bilateralen Konsultationen über die Abwicklung des Projekts wurden seit Oktober 1992 wegen der politischen Unstimmigkeiten abgebrochen. Um die Bauarbeiten voranzutreiben, hatte die Kolonialregierung im Januar ohne Rücksprache mit Beijing Mittelbewilligungen in Höhe von jeweils 1,67 Mrd.HK\$ und 4,6 Mrd.HK\$ beim Hongkonger Legislativrat (Parlament) beantragt. Außerdem ist Beijing nicht mit dem Plan der Hongkonger Regierung einverstanden, die Behörde für den Flughafenbau in eine Gesellschaft umzuwandeln, die anstelle der Regierung mehr Schulden als die im Memorandum vereinbarte Höchstgrenze für den Bau einer Schnellbahn zur Verbindung der Stadt mit dem Flughafen aufnehmen könne. Nach Berechnungen der chinesischen Seite werde die Kolonialregierung mit ihrem gegenwärtigen Flughafen-Finanzierungsplan 1997 Gesamtschulden in Höhe von über 45 Mrd.HK\$ hinterlassen - neunmal mehr als die im Memorandum vereinbarte Summe. Beijing warnte, es werde die einseitige Mittelgenehmigung und Schuldennahme der Kolonialregierung nicht mitverantworten. (DGB, 27.-30.1.94; XNA, 26.1.94)

Was den Streit über die Wahlreform anbetrifft, so erklärte Gouverneur Chris Patten beim Hearing im außenpolitischen Ausschuß des britischen Unterhauses, er werde die Wahlreform für 1995 noch vor Ende Juli d.J. einseitig abschließen, falls bis dahin noch immer keine Einigung mit Beijing erzielt werden könnte (DEG, 22.1.94). Pattens harte Haltung ist inzwischen auch auf Kritik der Chinaexperten im britischen Außenministerium einschließlich des ehemaligen China-Botschafters Sir Percy Cradock gestoßen - trotz der Rückendeckung von Premierminister John Major (IHT, 19.1.94). -ni-

*(40)

Investitionen in Hongkong gestiegen

Offiziellen statistischen Angaben zufolge ist die Zahl der in Hongkong registrierten Firmen 1993 von 358.129 (1992) auf 415.911 gestiegen. Zugleich erhöhte sich das nominelle Gesamtkapital der bestehenden Firmen um 57 Mrd.HK\$ (7.3 Mrd.US\$) oder 25%. (XNA, 18.1.94) Auf dem Aktienmarkt verzeichnete der Hang-Seng-Index im letzten Jahr eine Steigerung von 115,67%, er wurde am 31.12.93 auf 11.888,3 Punkte fixiert. (IHT, 4., 7.1.94)

Bei einer jüngst durchgeführten Meinungsumfrage bezeichneten 54% der 460 befragten ausländischen Unternehmen das Investitionsklima in Hongkong als günstig. Positive Faktoren seien die Banken- und Finanzeinrichtungen, die Infrastruktur, die vorhandenen Managementfähigkeiten, die regionale Lage, die Wirtschaftspolitik der Regierung und die vorhandenen beruflichen und technischen Fähigkeiten. Kopfschmerzen bereiteten die Arbeitskosten und Büromieten.

Die befragten Unternehmen sehen zum großen Teil auch optimistisch in die Zukunft. Für 1994 erwarten 52% von 461 Unternehmen ein gleich gutes Geschäftsergebnis wie 1993, für 1995 erhoffen sich 54% von 200 Unternehmen, die geantwortet hatten, sogar bessere Resultate (NFA, 31.1.94).

Hongkongs Inflation ist 1993 weiter von 9,4% (1992) auf 8,5% gesunken, 1991 hatte sie noch bei 12% gelegen (XNA, 22.1.94). Nach der Prognose der Bank of China wird das Wirtschaftswachstum Hongkongs 1994 bei 5,5% liegen, höher als 1993 mit 5,2%. Die Schätzungen der Hongkong & Shanghai Banking Corp. und der Standard Chartered Bank liegen allerdings bei 5%. (AWSJ, 11.1.94) -ni-

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1993

- Ein kurzer Überblick -

Außenpolitik

- Margot Schüller -

Die Außenpolitik Chinas konzentrierte sich 1993 auf die stärkere Annäherung an die asiatischen Nachbarstaaten, insbesondere an die ASEAN-Mitgliedsländer, sowie an Südkorea und Vietnam. Diesem Ziel dienten chinesische Delegationsreisen und Einladungen asiatischer Regierungsvertreter nach China sowie die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vor allem die ASEAN-Staaten hatten mit Blick auf die Spratley-Frage ein großes Interesse an einer Einbindung Chinas in ein regionales Sicherheitskonzept. Als erster wichtiger Schritt zu Gesprächen über Sicherheitsfragen galt Chinas Beteiligung an der 'Unofficial Dinner Party' der 18 Außenminister im Juli in Singapur, an der neben Vertretern asiatischer Staaten und der Europäischen Union ebenso die USA teilnahmen. Auch mit Taiwan gab es erste halb-offizielle Kontakte über Gespräche in Singapur, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern.

Der Abschluß eines Grenzabkommens mit Indien im September zeigte das Bemühen, auch mit diesem asiatischen Nachbarn die diplomatischen Beziehungen zu verbessern. Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen zählte ebenso der Besuch einer hochrangigen chinesischen Militärkommission im Dezember in Indien. Gleichzeitig versuchte China, einen Ausgleich zwischen den verfeindeten Staaten Indien und Pakistan, zu dem traditionell engere Beziehungen bestehen, zu erreichen. Beim Besuch der pakistanischen Ministerpräsidentin wurde jedoch die Zweigleisigkeit der chinesischen Außenpolitik deutlich. So wurden mit Pakistan umfangreiche Waffenlieferungen vereinbart und Abkommen über u.a. wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, Grenzhandel und Transport abgeschlossen.

Mit Blick auf die außenpolitischen Beziehungen zu den Ländern der Europäischen Union erfolgten 1993 weitere Schritte zur Normalisierung, die auch von einem gegenseitigen Interesse an einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geprägt waren. Beispielsweise besuchte der spanische Ministerpräsident mit einer Delegation spanischer Unternehmer China im Februar anlässlich des 20. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer